

# Vertrauen nur mit Transparenz

THEMA: Stadtwerke Böblingen weiter in der Bringschuld

VON OTTO KÜHNLE

Hohn, Spott, Aggression: Die Wogen gingen hoch bei der Diskussion zum Thema Fernwärme am Dienstag dieser Woche. Dass sich die Verantwortlichen des örtlichen Energieversorgers dieser Debatte stellen, verdient Anerkennung. Sie wussten im Vorhinein, dass sie am Ende nicht unarmt werden und den Saal mit vielen neuen Fans verlassen. Dass es auch nach dieser Veranstaltung ein abgrundtiefes Misstrauen und emotionale Ablehnung gibt, haben die Stadtwerke sich aber ebenso zuzuschreiben wie die Politik, die deren Kurs stützt. Dass sich das bürgerliche Publikum gebärdet wie Wutbürger, liegt nicht an deren Kontrollverlust. Sondern an mangelnder Transparenz und Information.



Das fängt bei dem leidigen Thema Fernwärmenetz an. Wie marode es tatsächlich ist, lässt sich natürlich nicht bis ins Detail klären. Aber kein Versorger reißt aus Jux und Tollerei die Straßen auf und vergräbt Millionen. Wenn die Schäden aber so gravierend sind, muss man sich fragen, warum die Stadtwerke die Ergebnisse ihrer Thermografieflüge nicht öffentlich machen. Warum sie nicht mit Fotos der Betonschäden offensiv dokumentierten, wie es um die Schächte im Boden steht. Auch dass hier ein Leistungsnetz betrieben werden muss, das in Teilen völlig überdimensioniert ist, weil auf viel mehr Abnehmer ausgelegt, müsste viel deutlicher zum Ausdruck kommen. Denn auch dieses verursacht Kosten. Ein Ergebnis der Veranstaltung vom Dienstag dieser Woche ist: Die Stadtwerke sind auf Gedeih und Verderb zum Wachstum gezwungen. Nur so lässt sich das Netz effektiv betreiben und die Fixkosten auf möglichst viele Schultern verteilen und entsprechend viel Wärme verkaufen.

So nachvollziehbar diese Fakten sind, so berechtigt ist der Anspruch der zwangsverpflichteten Abnehmer, Klarheit darüber zu bekommen, ob und inwieweit sie für diesen Expansionskurs bei der Fernwärme, aber natürlich auch bei Gas und Strom, zur Kasse gebeten werden. Diese Transparenz verweigern die Stadtwerke nach wie vor. Nur wenn die einzelnen Bereiche wie Fern-

wärme, Wasser, Gas und Strom sauber mit Einnahmen und Ausgaben dargestellt werden, kann der Verdacht ausgeräumt werden, man bediene sich bei denen, die ohnehin nicht den Anbieter wechseln können. Ob der Preis der Fernwärme, so wie er jetzt erhoben wird, in Ordnung ist, muss ohnehin die Landeskartellbehörde klären. Zudem steht das Angebot der Bürgerinitiative und ihres Fachanwalts Werner Dorß, doch mit einem unabhängigen vereidigten Wirtschaftsprüfer die Preisgestaltung unter die Lupe zu nehmen. Immerhin gab es keine Ablehnung durch die Stadtwerke, auch der OB befürwortet dies – wenn auch erst nach der Kartellprüfung.

Nicht einfach verwerfen sollte man auch das Angebot, den nachweislich vorhandenen

Sachverstand der engagierten Bürgerinnen und Bürger aus der IG Fernwärme womöglich in Form eines Beirates in Anspruch zu nehmen. In der Vergangenheit haben sich die Bewohner mit ihrer Expertise nämlich als Gewinn erwiesen. Es ist ihnen zu verdanken, dass aus dem Restmüllmeiler heute weit mehr Fernwärme ausgekoppelt wird als noch vor Jahren. Die Einbindung der sachkundigen Bürger wäre sicher die am stärksten vertrauensbildend wirkende Maßnahme. Zumal diese eben durch den Anschlusszwang besonders von der Geschäftspolitik betroffen sind.

Dann könnte auch im Konsens daran gearbeitet werden, das Tarifkonstrukt der Stadtwerke ökologischer zu gestalten. Dass nun aufgrund der geringen Verbrauchskosten die Menschen den Holzkamin seltener anmachen und damit weniger Feinstaub entsteht, wie Geschäftsführer Gerd Hertle betonte, kann nicht der ökologischen Weisheit letzter Schluss sein. Vielmehr muss es darum gehen, allen Kunden einen Anreiz zu bieten, zu sparen. Oder regenerative Energien zur Warmwasserbereitung einzusetzen. Das neue Tarifmodell mag mit den hohen Grundgebühren gerechter gegenüber Großkunden sein und den Zufluss in die Kasse der Stadtwerke verstopfen – ökologisch ist es aber nicht.